



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

**Stefinger: Kein Schwarzer-Peter-Spiel zu Lasten von Pflegepersonal;
Gemeinsamer Vorstoß zur Begünstigung von Mitarbeiterwohnungen
gefordert**

München, 19.11.2018

Bundeswahlkreis München-Ost

Am Eicherhof 16
81929 München
Telefon: +49 (0)89 41424500
Telefax: +49 (0)89 414245010

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227-73230
Telefax: +49 (0)30 227-76230

wolfgang.stefinger@bundestag.de
www.wolfgang-stefinger.de

Die Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul in Berg am Laim betreiben in München und im Umland zwei Krankenhäuser und mehrere Pflegeheime. An ihre Pflegekräfte vermieten sie Wohnungen, da diese in München kaum für sie bezahlbaren Wohnraum finden. Da die Miete der Barmherzigen Schwestern für ihre Mitarbeiterwohnungen die ortsübliche Miete unterschreitet, sollen die Pflegekräfte die Differenz zwischen tatsächlich gezahlter und ortsüblicher Miete nach dem Münchner Mietspiegel versteuern. Soweit die derzeitige rechtliche Grundlage. Diese aber macht die Wohnungen für das Pflegepersonal teurer und läuft dem Ziel entgegen, Unternehmen zu ermutigen, für Ihre Mitarbeiter bezahlbaren Wohnraum in München anzubieten.

Jetzt soll der Oberbürgermeister eine Initiative über den Deutschen Städtetag initiieren, um die Besteuerung von Werkwohnungen zu ändern. Andere fordern von der Landeshauptstadt, dass sie die Berechnungen des Mietspiegels ändert und nicht nur Neuvermietungen für die Miethöhe nach Mietspiegel zugrunde legt, sondern auch Bestandsmieten miteinbezieht. Dies würde nämlich aller Voraussicht nach eine Reduzierung der ortsüblichen Miete nach sich ziehen.

Hierzu Dr. Wolfgang Stefinger, Bundestagsabgeordneter des Münchner Ostens und der Innenstadt: „Dieses auf-den-anderen-Schieben und das Aufrufen des Anderen, einen unhaltbaren Zustand zu ändern, lenkt nur von eigentlichen Problem ab, kostet Zeit und bringt uns keine Pflegekräfte nach München. Ich lehne dies deshalb ab. Niemand kann einen Zweifel daran haben, dass wir Personal für Pflege- und Sozialberufe in München unterstützen müssen. Das umfasst natürlich eine entsprechende Entlohnung für die anspruchsvolle Arbeit, muss in München aber auch eine Unterstützung beim Finden einer Wohnung zu bezahlbaren Preisen miteinschließen. Also rufe ich Stadt, Land und Bund dazu auf, jeweils ihren beziehungsweise seinen Teil aktiv dazu beizutragen, dass der Vollzug beziehungsweise die rechtlichen Rahmenbedingungen so geändert werden, dass



Träger von Krankenhäusern und Pflegeheimen für ihr Personal günstige Wohnungen als zusätzlichen Anreiz anbieten können, ohne dass dieser Vorteil steuerlich zu Buche schlägt. Ich konnte am Wochenende bereits einige meiner Bundestagskollegen sensibilisieren, dass einschlägige steuerliche Regelungen nicht als „Killer“ für die Ausübung von Pflegeberufen in Metropolen wirken dürfen. Unverzüglich werde ich mich diesbezüglich an den Bundesfinanzminister, den Bayerischen Finanzminister und den Münchner Oberbürgermeister wenden, mit der Bitte, sämtliche rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, beziehungsweise schnellstmöglich zu schaffen.

Eine Lösung muss hierfür gefunden werden, damit in München die Pflegesituation nicht vollends aus dem Ruder läuft. Beim Jobticket klappt das doch auch und bis zu einer bestimmten Höhe muss der geldwerte Vorteil nicht versteuert werden. Was spricht z.B. dagegen, eine ähnliche Regelung für günstigere Wohnungen von Pflegenden zu normieren?“